

**Patrick Krauth**

**Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Chemie Baden-Württemberg e. V.**

**Mittwoch, 19. Februar 2025, 10:00 Uhr | Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Haag ging bereits darauf ein: **die Regelungsdichte in Deutschland gegenüber der Wirtschaft und der Aufwand, der dadurch in den Unternehmen entsteht, sind extrem.** Und: Inzwischen stehen Aufwand und Nutzen längst in keinem vernünftigen Verhältnis mehr.

Ausweislich der Wahlprogramme haben die Parteien das Problem erkannt ... die meisten zumindest. Allerdings: Auch vor der vergangenen Bundestagswahl und kurz danach beteuerte die Regierung in Berlin den Abbau von unnützen Vorschriften vorantreiben zu wollen und in Brüssel auf weniger Regelungsdichte zu drängen.

Allein: Passiert ist nichts – oder nicht viel. **Die „Bürokratieentlastungsgesetze“ haben kaum Wirkung entfaltet.** Ich möchte das kurz einmal vorrechnen: Derzeit kostet es ein mittelständisches Mitgliedsunternehmen mit 300 Beschäftigten mehr als vier Millionen Euro allein an bezahlter Arbeitszeit im Jahr, Berichte ausfüllen zu lassen und Papier zu produzieren. Das kann so nicht weitergehen.

Was erwarten wir jetzt?

Die Politik darf es jetzt nicht wieder bei bloßen Lippenbekenntnissen belassen. Sie muss liefern!

Wir brauchen mehr Freiheit und weniger von allem, was derzeit noch in den Unternehmen „unproduktiv“ durch staatliche Vorgaben geleistet werden muss.

Wir brauchen ein Frühwarnsystem, bevor wieder einmal eine unnötige Brüsseler Vorschrift nach Deutschland schwappt. Ein Frühwarnsystem, das uns hilft, weitere Bürokratie zu vermeiden. Und ja, wir sehen das als eine klare Aufgabe einer wirtschaftsorientierten Bundesregierung an. Sie muss endlich das tun, was sie in den vergangenen Jahren nicht getan hat: Sie muss den Unternehmen den Rücken freihalten. Und dazu gehört auch, dass sie sich in Brüssel viel stärker – und unter Umständen auch einmal kompromisslos – für die Wirtschaft einsetzt.

Ich sagte es bereits: Das hat in den vergangenen Jahren gefehlt. Und dabei spreche ich nicht nur von den vergangenen drei Jahren. Schon viel zu lange hat die Politik ohne Rücksicht auf die Wirtschaft Entscheidungen getroffen, Gesetze erlassen und neue Regelungen eingeführt.

Deutschland, und auch Baden-Württemberg, sind Industrieländer. Wir haben noch starke Unternehmen – die aber schwer zu kämpfen haben. Und diese Unternehmen halten derzeit die Beschäftigung auf einem hohen Niveau. Vielleicht erinnern Sie sich: Das Durchschnittsentgelt in der Chemie- und Pharmaindustrie in Baden-Württemberg beträgt brutto etwa 73.000 Euro. Wir bezahlen das unseren Mitarbeitenden – und sie bezahlen davon Steuern und finanzieren, genauso wie wir mit unseren Unternehmenssteuern, das Gemeinwesen. Ohne die gutbezahlten Jobs in der Industrie, ohne florierende Unternehmen, die ihre Steuern hier im Land bezahlen, funktioniert der Staat nicht.

Aber wir wollen einen erfolgreichen Staat. Einen, der für die Bürger genauso wie für die Wirtschaft da ist. Wir brauchen einen Kurswechsel. Eine zukunftsorientierte Politik.

Dies gilt auch für den Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Hier besteht dringender Handlungsbedarf:

Das deutsche Arbeitszeitgesetz muss modern, es muss zeitgemäß werden! Wir sollten dort flexible Wochenarbeitszeiten statt Tageshöchstzeiten vorsehen. Wir sollten abkehren von unantastbaren 11-stündigen Ruhezeiten und mehr Spielräume zulassen. Natürlich mit Augenmaß. Das Schutzniveau des Gesetzes würde hierdurch nicht geringer. Es gäbe aber keine Fallstricke mehr, die flexible Reaktionen auf veränderte Rahmenbedingungen erschweren - und der Aufwand für Dokumentationen bei Arbeitnehmern wie Arbeitgebern würde sinken.

**Dann die Sozialsysteme. Hier liegt vieles im Argen.** Schauen wir nur auf die Sozialversicherungsbeiträge: Sie steigen, trotz aller Beteuerungen der Politik, immer weiter. Wir müssen wieder unter 40 Prozent Belastung kommen – nur so sind die Arbeitskosten in Deutschland mittelfristig wettbewerbsfähig.

Die gesetzliche Rente ist derzeit Wahlkampfthema – auf eine höchst unschöne Art und Weise. Wir müssen ehrlich sein und deutlich sagen: Sie muss generationengerecht umgebaut werden. Bisher hat jede Bundesregierung hier immer nur Wohltaten für die Älteren verteilt – und die Lasten den kommenden Generationen zugeschoben. Das darf so nicht weitergehen.

Für uns ist klar: Die Regelaltersgrenze darf kein Tabuthema in der Sozialpolitik sein. Wenn sich die Lebenserwartung erhöht, muss auch die Regelaltersgrenze weiter steigen können. Außerdem: Zukünftige Rentenerhöhungen müssen gedämpft werden. Die Festschreibung eines Rentenniveaus bedient einseitig die Interessen der älteren Generation und führt zu weiteren Mehrbelastungen für Unternehmen und Beschäftigte.

Dagegen bietet die betriebliche und tarifliche Altersversorgung, die wir beispielhaft in der Chemie in der modernen Form des Sozialpartnermodells umgesetzt haben, eine echte Chance.

Sie sollte weiter gefördert und dabei Komplexität reduziert werden. Damit wird zur Entlastung der gesetzlichen Rentenkasse beigetragen.

**Lassen Sie mich zu einem der zentralen Themen für den agvChemie kommen: zur Tarifautonomie.**

Als Chemie-Arbeitgeber setzen wir auf eine starke Sozialpartnerschaft. Mit einem Flächentarifvertrag, der 70 Prozent der Beschäftigten in unserer Branche erreicht, schaffen wir Lösungen, die den Herausforderungen unserer Zeit Rechnung tragen. Unsere Tarifverträge sind nicht nur Garant für Stabilität und Planungssicherheit, sondern auch ein Motor für Innovationen und attraktive Arbeitsbedingungen. Daher brauchen wir eine Politik, die Tarifautonomie und Wettbewerbsfähigkeit stärkt. So sichert sie nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Zukunft des Industriestandorts Deutschland.

Was wir dafür brauchen?

Mehr Vertrauen in die Tarifpartner, das heißt: weniger gesetzliche Regulierung, mehr Spielräume für innovative und passgenaue tarifliche Lösungen, z.B. mehr gesetzliche Öffnungsklauseln.

Wir sind überzeugt: Größere Gestaltungsfreiräume werden den Flächentarifvertrag wieder attraktiver machen und damit die Tarifbindung erhöhen.

Überschießende gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie hingegen, schaden aus unserer Sicht eher. Daher sehen wir immer neue Tarifreuegesetze und immer mehr Allgemeinverbindliche Tarifverträge kritisch. Koalitionsfreiheit bedeutet Freiwilligkeit und nicht Zwang!

Gleichfalls kontraproduktiv ist die drohende Überregulierung durch die Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie. Unternehmen, die Mitglied im Flächentarifvertrag sind und sich zur dauerhaften Anwendung der Entgelttarifverträge verpflichtet haben, müssen bei der Prüfung von Entgeltgleichheiten weiterhin privilegiert werden. Kollektiv ausgehandelte Entgeltsysteme sind ein zentrales Argument für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sich in Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbänden zusammenzuschließen. Wenn diese Privilegierung entfällt, wird die Tarifbindung weiter geschwächt.

Deshalb muss auch hier gelten: Weniger Regelungsdichte!  
Stattdessen setzen wir auf Eigenverantwortung, die funktioniert.

Ich sprach die gutbezahlten Arbeitsplätze in unserer Branche bereits an. Sie sind attraktiv. Dennoch machen wir uns natürlich Gedanken, ob und wie der Fachkräftebedarf unserer Branche gesichert werden kann. Ein wichtiger Baustein hierbei ist die **duale Ausbildung in den Unternehmen und in den Berufsschulen des Landes**. Hinzu kommen die dualen Studiengänge an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, die als Partnerin der Unternehmen einen exzellenten Job macht. Um dieses System haben uns in der Vergangenheit andere Länder beneidet.

Wir sehen allerdings immer mehr zwei Dinge:

Zum einen mangelt es gerade den Berufsschulen an vielem. Die Bausubstanz ist teilweise wirklich erbärmlich. Auch die Ausstattung ist vielfach nicht so, dass gut unterrichtet und ausgebildet werden kann. Dann ist die Personaldecke bei Lehrerinnen und Lehrern oft zu knapp. Und zuletzt, ganz konkret: Wir haben ein Problem mit dem Datenschutz – was die Anwendung von in den Unternehmen weit verbreiteten Programmen angeht. Die dürfen an den Berufsschulen nicht eingesetzt werden – weil sie nicht den engen

Vorstellungen des baden-württembergischen  
Datenschutzbeauftragten entsprechen.

Das alles muss sich ändern.

Der Staat, Bund und Land, müssen mehr investieren. Ich sage ganz bewusst „investieren“, denn kaum etwas ist eine bessere Investition, die einen kräftigen „return on investment“ bringt, als gute Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten.

Und ein zweiter Punkt ist für uns auch klar: Neue Förderinstrumente, die mit Vorschriften, Nachweispflichten oder weiteren Formularen daherkommen, brauchen wir in der Aus- und Weiterbildung nicht!

Ich komme auf die **Schulreform** in Baden-Württemberg: Wir haben dazu – gerade, was die Rückkehr zu G9 angeht – unsere eigene Auffassung deutlich vertreten. Wir müssen und wir können damit leben. Was für uns aber nicht verhandelbar ist: Die weitere Stärkung der naturwissenschaftlich-technischen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Die MINT-Fähigkeiten sind, das wissen wir, die Schlüsselkompetenz heutzutage. Das darf gerade in den Realschulen nicht zurückgedreht werden!

Wir haben in den vergangenen Jahren für eine bessere Berufsorientierung gekämpft. Sie ist als Schulfach „Berufs- und Studienorientierung/Wirtschaft“ inzwischen eingeführt – aber immer noch ein Stiefkind. Das muss sich speziell in den Gymnasien weiter ändern. Auch Schülerinnen und Schüler, die das Abitur anstreben, müssen das Berufsleben kennenlernen können und dürfen. Sie müssen Eindrücke sammeln, die ihnen eine informierte Berufswahl ermöglicht. Nicht jede Schülerin, die Abitur macht, will oder muss ein Universitätsstudium aufnehmen. Nicht jeder Schüler am Gymnasium wird mit dem Abitur abschließen. Sie alle brauchen

Einblicke gerade in die Dualen Ausbildungsberufe – die hervorragende Berufs-, Karriere- und Verdienstmöglichkeiten bieten.

Lassen Sie mich im Hinblick auf die Fachkräftesicherung noch auf das Projekt Fachkräftenradar eingehen, das uns beim agvChemie besonders am Herzen liegt – und ein gutes Beispiel dafür ist, wie wir ohne staatliche Eingriffe selbst Lösungen finden, die auch das Gemeinwesen weiterbringen.

Den Fachkräftenradar haben wir im jüngsten Chemie-Tarifabschluss mit der Gewerkschaft vereinbart. Wir wollen damit Fachkräfte, die unsere Unternehmen mit hohem Aufwand ausgebildet haben, in der Branche halten. Die IT-Plattform hilft Mitarbeitenden bei notwendigen Arbeitsplatzmaßnahmen schnell wieder einen Job in „ihrer Branche“ zu finden.

Der Startschuss ist gefallen – und wir sind optimistisch, dass auch dieser Ansatz, eigenverantwortlich und ohne viel bürokratischen Aufwand, erfolgreich sein wird.

Zum Schluss noch eine Anmerkung: **Wir haben in den vergangenen Wochen als Tarifparteien der Chemiebranche, agvChemie und die IG BCE, gemeinsam unsere Mitglieder dazu aufgerufen, am kommenden Wochenende zur Wahl zu gehen.** Das war und ist uns ein großes Anliegen: Wir sind, das haben wir jetzt mit Fakten untermauert, davon überzeugt, dass sich einiges an der Wirtschaftspolitik ändern muss. Aber wir sind auch überzeugt davon, dass wir, damit das nachhaltig passiert, eine stabile und in der Mitte der Gesellschaft verankerte neue Regierung brauchen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.